

OLAF HARTENSTEIN

Die Privatautonomie
im Internationalen Privatrecht
als Störung des europäischen
Entscheidungseinklangs

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

81

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

81

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz



Olaf Hartenstein

Die Privatautonomie
im Internationalen Privatrecht
als Störung des europäischen
Entscheidungseinklangs

Neueste Entwicklungen
in Frankreich, Deutschland und Italien

Mohr Siebeck

Olaf Hartenstein, geboren 1972; 1991–97 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Paris und Kiel; 1997/98 D.E.A. (Sorbonne); 1998–2000 Assistent und Lektor am Institut de Droit Comparé de Paris; 2000 Promotion; 2000 LL.M. (Assas)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hartenstein, Olaf:

Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs : neueste Entwicklungen in Frankreich, Deutschland und Italien / Olaf Hartenstein. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2000

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht ; 81)

ISBN 3-16-147453-8

978-3-16-158422-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2000 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1999/2000 an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Dafür möchte ich an erster Stelle meinem Doktorvater Herrn Professor Haimo Schack herzlichst danken. Er hat das Thema angeregt, meinen Aufenthalt in Paris begeistert unterstützt und meine Arbeit auf die Distanz Kiel–Paris betreut. Sein Erstgutachten ward quasi postwendend erstellt. Ebenfalls für seine Schnelligkeit und Herzlichkeit danke ich meinem Zweitgutachter Herrn Professor Graue. Dem Land Schleswig-Holstein danke ich für die einjährige großzügige Unterstützung mit dem Landespromotionsstipendium.

In Frankreich danke ich sowohl Herrn Professor Lagarde für das äußerst anregende Studienjahr im D.E.A. *Droit international privé et droit du commerce international* an der Sorbonne als auch dem *Institut de Droit Comparé de Paris* der Universität Paris II. Während meiner dortigen Zeit als Assistent und Lektor hatte ich nicht nur die nötige Muße, mich meiner Arbeit zu widmen, sondern wurde auch von der Bibliothek auf einmalig freundliche Weise unterstützt (merci Agnès & Co.!).

Herrn Professor Basedow danke ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe. Gedruckt wurde die Arbeit schließlich mit der freundlichen Unterstützung der Studienstiftung *ius vivum*, Dormagen. Auch dafür herzlichen Dank.

Die Arbeit ist insgesamt auf dem Stand von November 1999. Neue Literatur konnte jedoch bis März 2000 weitgehend noch berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der Urteile der Cour de cassation von April und Mai 1999, die erst Ende 1999 veröffentlicht wurden, konnten nicht mehr in den Text eingearbeitet werden, sondern sind im Nachtrag (Anhang I) dargestellt.

Paris, im Mai 2000

Olaf Hartenstein

Inhaltsübersicht

Einleitung

Erstes Kapitel: Drei Formen der Privatautonomie

- I. Die materielle rechtliche Privatautonomie
- II. Die kollisionsrechtliche Parteiautonomie
- III. Die prozeßrechtliche Dispositionsmaxime und die Verhandlungsmaxime
- IV. Das Verhältnis von Prozeßrecht, IPR und materiellem Recht

Zweites Kapitel: Von der Privatautonomie zur lex fori

- I. Der prozeßrechtliche Ansatz: insbesondere Frankreich
- II. Der kollisionsrechtliche Ansatz: Deutschland und Italien
- III. Der materielle rechtliche Ansatz
- IV. Tabellarische Übersicht
- V. Zwischenergebnis

Drittes Kapitel: Europäischer Entscheidungseinklang und internationale Übereinkommen – Die Grenzen der Privatautonomie

- I. Der äußere Entscheidungseinklang
- II. Das Verhältnis der Privatautonomie zu internationalen Übereinkommen

Viertes Kapitel: Die Ausübung der Privatautonomie

- I. Einseitige Beeinflussung des Prozeßverlaufs
- II. Parteivereinbarungen während des Prozesses

Zusammenfassung und Ausblick

Anhang I: Nachtrag

Anhang II: Résumé (en français)

Anhang III: Französische und italienische Gesetzestexte

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XII
I. Zeitschriften und ausländische Urteilssammlungen.....	XII
II. Staatsverträge und ausländische Gesetze.....	XIII
Einleitung.....	1
Erstes Kapitel: Drei Formen der Privatautonomie.....	3
I. Die materiellrechtliche Privatautonomie.....	3
II. Die kollisionsrechtliche Parteiautonomie.....	5
A. Schuldvertragsrecht.....	6
B. Außervertragliches Schuldrecht.....	8
C. Sachenrecht, Familienrecht und Erbrecht.....	11
D. Der Zeitpunkt der Rechtswahl.....	14
III. Die prozeßrechtliche Dispositionsmaxime und die Verhandlungsmaxime.....	18
A. Streitgegenstand und Dispositionsmaxime.....	19
1. Klagegrund und ne ultra petitem.....	19
2. Berufung, Revision und Kassation.....	22
3. Geltungsbereich der Dispositionsmaxime.....	23
B. Tatsachen und Verhandlungsmaxime.....	24
1. Die Bestimmung der entscheidungserheblichen Tatsachen.....	24
2. Die Präklusion.....	26
3. Geltungsbereich der Verhandlungsmaxime.....	27
C. Die Anwendung des Rechts.....	27
1. Der Grundsatz iura novit curia und das rechtliche Gehör.....	27
2. Verzicht der Parteien auf die Anwendung von Rechtsnormen in Frankreich und Italien.....	29
3. Der accord procédural als französische Besonderheit.....	30
4. Bindung an präjudizielle Rechtsverhältnisse im deutschen Recht.....	31
IV. Das Verhältnis von Prozeßrecht, IPR und materiellem Recht.....	32
Zweites Kapitel: Von der Privatautonomie zur lex fori.....	34
I. Der prozeßrechtliche Ansatz: insbesondere Frankreich.....	34
A. Verwendbarkeit von Tatsachen, die einen Auslandsbezug belegen.....	34
1. Grundsätzliche Geltung der Verhandlungsmaxime.....	34
2. Besonderheit der Kollisionsnormen.....	36
3. Besonderheit der Tatsachen, die einen Auslandsbezug belegen.....	38
B. Gerichtsfakultatives Kollisionsrecht.....	40
1. Die Bedeutung der Kodifikation in Deutschland und in Italien.....	40

2. Das französische Richterrecht im IPR und der universelle Anspruch des Sachrechts	42
3. Präklusion und Rechtsmittel	45
C. „Accord procédural“ und parteifakultatives Kollisionsrecht	48
1. Die Entwicklung der französischen Rechtsprechung	48
a) Das „Roho“-Urteil	48
b) Das „De Baat“-Urteil	51
c) Die Urteile „Société Hannover“ und „Karl Ibold GmbH“	51
2. Die strukturelle Neigung des accord procédural zur lex fori	52
a) Konstruktion und Rechtsgrundlage des accord procédural	52
b) Prozeßrechtliche Einigung auf ein ausländisches Recht?	53
3. Deutsches Recht	56
a) Prozessuale Einigung bezüglich des anwendbaren Rechts (accord procédural)	56
b) Der Umweg über das präjudizielle Rechtsverhältnis	58
II. Der kollisionsrechtliche Ansatz: Deutschland und Italien	59
A. Rechtswahl der lex fori: insbesondere Deutschland	59
1. Internationales Vertragsrecht	60
2. Internationales Deliktsrecht und andere außervertragliche Schuldverhältnisse	61
3. Internationales Sachenrecht	62
4. Parallele Ansätze in der italienischen Literatur	62
B. Ersatzweise Anwendung der lex fori: insbesondere Italien (vor der Reform)	63
1. Anwendung der lex fori bei Nichtermittelbarkeit des ausländischen Rechts	63
2. Die Pflicht zur Amtsermittlung des ausländischen Rechts	65
3. Der Einfluß der Parteien auf die Ermittlung des ausländischen Rechts	69
III. Der materiellrechtliche Ansatz	69
IV. Tabellarische Übersicht	71
V. Zwischenergebnis	71

Drittes Kapitel: Europäischer Entscheidungseinklang und internationale Übereinkommen – Die Grenzen der Privatautonomie

I. Der äußere Entscheidungseinklang	73
A. Begründung des Zieles „Äußerer Entscheidungseinklang“	73
1. Ordnungsinteressen	73
2. Öffentliche, Verkehrs- und Drittinteressen	74
3. Parteiinteressen	75
B. Verwirklichung des Zieles „Äußerer Entscheidungseinklang“	76
1. Überzeugende Kollisionsnormen bei Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen	76
2. Die Bekräftigung durch Staatsverträge	79
II. Das Verhältnis der Privatautonomie zu internationalen Übereinkommen	80
A. Das Völkerrecht als Maßstab für die Privatautonomie	80
1. Völkerrecht und IPR	80
2. Die Wiener Vertragsrechtskonvention und das Völkergewohnheitsrecht	81
3. Die Auslegung von Staatsverträgen nach den Regeln des Völkerrechts	82
a) Allgemeine, objektive Auslegungsmethoden (Art. 31 WVK)	82
aa) Die grammatische Auslegung	83
bb) Die systematische Auslegung	83
cc) Die teleologische Auslegung	83

dd) Treu und Glauben	84
b) Ergänzende (subjektive) Auslegung mittels der historischen Methode (Art. 32 WVK)	84
B. Kollisionsrecht und internationale Übereinkommen	84
1. Das internationale Übereinkommen als vollständige und ausschließliche Kollisionsnorm	84
a) Objektive Auslegungsmethoden (Art. 31 WVK)	85
b) Subjektive Auslegung (Art. 32 WVK)	86
2. Die Geltung der staatsvertraglichen Kollisionsnorm im Prozeß	87
3. Die Ermittlung des ausländischen Rechts	88
C. Prozeßrecht und internationale Übereinkommen	89
1. Die These von der Unabhängigkeit des Prozeßrechts von IPR-Überein- kommen	89
2. Die Nichtanwendung von IPR-Übereinkommen mangels Auslandsbezuges ...	91
3. Die Bindung des Richters an kollisionsrechtliche Übereinkommen	94
a) Der Richter als Adressat der internationalen Übereinkommen	94
b) Keine Anwendung materiellen Rechts ohne Anwendung der allseitigen Kollisionsnormen	95
c) Ergänzende Auslegung der Kollisionsnormen	96
aa) Alternative Konstruktion des gerichtsfakultativen Kollisionsrechts	96
bb) Objektive Auslegungsmethoden (Art. 31 WVK)	97
cc) Subjektive Auslegung (Art. 32 WVK)	98
4. Die Bindung der Parteien an die internationalen Übereinkommen	99
a) Der accord procédural und die Qualifikation der libre disponibilité des droits	100
aa) Literaturmeinungen zum Qualifikationsstatut	100
bb) Zwei mögliche Lösungen	101
(1) Die Behandlung der dem accord procédural zugrundeliegenden Norm als Kollisionsnorm	102
(2) Die Behandlung als Regel des Prozeßrechts	103
cc) Identität der Privatautonomie bei Rechtswahl und accord procédural ?	104
(1) Einwände gegen die pauschale Gleichsetzung	104
(2) Gleichstellung des accord procédural mit der nachträglichen Rechtswahl (im Prozeß)	104
b) Der Einfluß internationaler Übereinkommen auf die Privatautonomie des accord procédural	105
aa) Übereinkommen, die eine Rechtswahl zulassen	105
(1) Ausdrückliche Einschränkung der nachträglichen Rechtswahl	105
(2) Begrenzung der Rechtswahl für Inlandssachverhalte	106
(3) Begrenzung der Rechtswahl durch Eingriffsnormen (lois de police)	106
(4) Begrenzung der Rechtswahl durch den Schutz der „schwä- cheren“ Partei	107
(5) Umgehungsverbot der sorgfältig durch den Staatsvertrag gezo- gen Grenzen	108
bb) Übereinkommen, die keine Rechtswahl vorsehen	109
c) Nutzen und Schaden des accord procédural neben der kollisionsrecht- lichen Rechtswahl	110
D. Änderung und Kündigung von Staatsverträgen	112

Viertes Kapitel: Die Ausübung der Privatautonomie.....	113
I. Einseitige Beeinflussung des Prozeßverlaufs.....	113
II. Parteivereinbarungen während des Prozesses	114
A. Kollisionsrechtliche Rechtswahl der lex fori im Prozeß.....	114
1. Autonomes IPR.....	114
2. EVÜ.....	114
a) Geltung des Art. 3 Abs. 1 S. 2 EVÜ	114
b) Inhalt des Art. 3 Abs. 1 S. 2 EVÜ	115
aa) Der unterschiedliche Wortlaut der verschiedenen Originalsprachen ..	115
bb) Das Erklärungsbewußtsein als notwendiges Element der Rechtswahl	116
3. Haager Vertreter-Übereinkommen	119
4. Haager Kauf-Übereinkommen und Haager Ehegüter-Übereinkommen.....	120
B. Der accord procédural (sur la loi applicable).....	121
1. Das geltende Recht in Frankreich	121
2. Der Einfluß der Staatsverträge.....	122
C. Die Zweideutigkeit des Prozeßverhaltens.....	123
1. Der angeblich „sichere“ Aussagegehalt und die offenbare Unsicherheit.....	123
2. Der EuGH als potentielle Auslegungsinstanz für das EVÜ	124
D. Korrekturvorschlag für zukünftige Übereinkommen: Strengere Formvorschriften.....	125
 Zusammenfassung und Ausblick.....	 126
 Anhang I: Nachtrag.....	 129
Anhang II: Résumé (en français)	133
Introduction.....	133
Chapitre premier: Les trois formes de la Privatautonomie.....	134
Chapitre deuxième: De la Privatautonomie à l'application de la loi du for	135
Chapitre troisième: Les limites de la Privatautonomie en raison de l'harmonie des décisions et des conventions internationales.....	137
Chapitre quatrième: L'expression de la Privatautonomie	140
Conclusion	141
Anhang III: Französische und italienische Gesetzestexte	142
 Literaturverzeichnis	 145
Entscheidungsverzeichnis.....	151
I. Deutschland.....	151
II. Frankreich	153
III. Italien.....	155
IV. Andere Gerichte	156
Stichwortverzeichnis	157

Abkürzungsverzeichnis

I. Zeitschriften und ausländische Urteilssammlungen

AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambres civiles
Clunet	Journal de droit international
D.	Dalloz (Recueil Dalloz Sirey)
Droits	Droits – Revue française de théorie, de philosophie et de culture juridique
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Foro It.	Foro Italiano
GA	Grands arrêts de la jurisprudence française de droit international privé (<i>B. Ancel/Y. Lequette</i>)
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
Giur. It.	Giuriprudenza Italiana
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JCP	Juris-classeur périodique (La semaine juridique), édition générale
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RCDIP	Revue critique de droit international privé
RDIPP	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
Rec. Cours	Recueil des Cours de la Haye
Rec.	Recueil des arrêts, avis consultatifs et ordonnances (IGH)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RTD Civ.	Revue trimestrielle de droit civil
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationale und europäisches Recht
TCFDIP	Travaux du Comité français de droit international privé
VersR	Versicherungsrecht
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, Wertpapiermitteilungen
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRv	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

II. Staatsverträge und ausländische Gesetze

- CISG Wiener UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenverkauf vom 11. April 1980 (BGBl. 1989 II, S. 588–616; *Jayme/Hausmann* Nr. 48)
- C.p.c. Codice di procedura civile
- EMRK Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II, S. 685–700, BGBl. 1954 II, S. 14)
- EuGVÜ Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 in der Fassung des dritten Beitrittsübereinkommens vom 26. Mai 1989 (BGBl. 1994 II, S. 517–536; *Jayme/Hausmann* Nr. 72); viertes Beitrittsübereinkommen vom 29. November 1996 (BGBl. 1998 II, S. 1411; *Jayme/Hausmann* Nr. 76 a)
- EVÜ Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980 (BGBl. 1986 II, S. 810–822; *Jayme/Hausmann* Nr. 43); französischer Text in *Juris-classeur Europe*, fasc. 3205; italienischer Text in *F. Mosconi*, Bd. I, S. 253–266
- HEhegüterÜ Haager Übereinkommen über das auf Ehegüterstände anzuwendende Recht vom 14. März 1978; französischer Text in *RabelsZ* 41 (1977), S. 554–569
- HKaufÜ Haager Übereinkommen betreffend das auf internationale Kaufverträge anzuwendende Recht vom 15. Juni 1955 (*Jayme/Hausmann* Nr. 47); französischer Text in *RCDIP* 1964, S. 786–788
- HPÜ Haager Übereinkommen über das auf die Produkthaftpflicht anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973; französischer Text in *RCDIP* 1972, S. 818–822
- HUnfallÜ Haager Übereinkommen über das auf Straßenverkehrsunfälle anzuwendende Recht vom 4. Mai 1971 (*Jayme/Hausmann* Nr. 52)
- HUnterhaltsÜ Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II, S. 837–843; *Jayme/Hausmann* Nr. 29)
- HVertreterÜ Haager Übereinkommen über das auf Vertreterverträge und die Stellvertretung anzuwendende Recht vom 14. März 1978; französischer Text in *RabelsZ* 43 (1979), S. 176–189

IPRG	Legge 31 maggio 1995, n. 218: Riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato (Gazetta ufficiale n. 128 vom 3.6.1995)
NCPC	Nouveau Code de procédure civile (franz.)
preleggi	Disposizioni sulla legge in generale; „Einführungsgesetz“ zum Codice civile (Gazetta ufficiale n. 79 vom 4.4.1942)
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Vertragsrechtskonvention) vom 23. Mai 1969 (BGBl. 1985 II, S. 927–960; Sartorius II Nr. 320)

Einleitung

Durch den steten Fortfall von Grenzen und eine enger zusammenwachsende Weltgesellschaft wird das „Internationale“ im Privaten am Ende des 20. Jahrhunderts zu einer Selbstverständlichkeit. Das gilt besonders innerhalb der Europäischen Union. Nicht zuletzt durch die Verbreitung des Internets gibt es mehr und schnellere Information aus dem und über das Ausland als jemals zuvor. In dieser Situation scheint es paradox, daß die Vorliebe der Rechtsprechung für die Anwendung des eigenen nationalen Rechts (*lex fori*) anhält und die internationalprivatrechtliche Literatur weitere Techniken ersinnt, um die Anwendung des „schwer zugänglichen“ ausländischen Rechts zu meiden. Dabei wird übersehen, daß durch die vermehrte Anwendung der jeweiligen *lex fori* derselbe Fall je nach Forum verschiedene Lösungen erfahren kann. Durch den Verlust des äußeren Entscheidungseinklangs gewinnt die Frage an Bedeutung, welchen Staates Gerichte international zuständig sind. Die Problematik des Kollisionsrechts wird also durch den *lex-foi*-Trend nur in das internationale Zivilverfahrensrecht verlagert. Gerade heute besteht aber verstärkt Bedarf an äußerem Entscheidungseinklang, der internationale Rechtsicherheit gewährleistet. Die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, sind größer denn je.

Moderne Theorien stützen sich auf Parteiinteressen, um die Rückkehr zur *lex fori* zu rechtfertigen. Dabei verdeckt die Berufung auf die Freiheit der Parteien, daß gerade die prozessuale Privatautonomie für die Prozeßparteien eher eine Last als eine Befreiung bedeutet. Eine vergleichende Betrachtung des deutschen Rechts mit dem französischen und dem italienischen ist für das vorliegende Thema besonders interessant. Denn die neuesten Entwicklungen in Frankreich und Italien scheinen auf den ersten Blick diametral verschieden zu sein und dadurch zwei Extreme zu bilden, zwischen denen sich das deutsche Recht plaziert. Während die französische Rechtsprechung die prozessuale Freiheit der Parteien, die *lex fori* zu wählen, seit einem Jahrzehnt immer weiter ausdehnt und diese Entwicklung ihren (vorläufigen?) Höhepunkt in zwei Entscheidungen der Cour de cassation von 1997 findet, hat der italienische Gesetzgeber 1995 die Gerichte generell zur Erforschung des ausländischen Rechts von Amts wegen verpflichtet.

Daß die Rechtslage in den drei untersuchten Rechtsordnungen sehr unterschiedlich ist, ergibt sich aus den jeweiligen Ausgangssituationen. Das erste Kapitel ist daher einer rechtsvergleichenden Bestandsaufnahme der

Privatautonomie gewidmet, die ihren spezifischen Ausdruck jeweils in der prozeßrechtlichen Dispositionsmaxime und in der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie findet.

Das zweite Kapitel zeigt, wie die französische, deutsche und italienische Rechtsprechung von der Privatautonomie zur *lex fori* gelangen. Sowohl die prozessuale Behandlung der Kollisionsnormen als auch ihre Anwendung geben vielfach Gelegenheit, das IPR im Ergebnis auszuhebeln. Während die deutsche Rechtsprechung fast ausschließlich den kollisionsrechtlichen Ansatz wählt, arbeitet die französische hauptsächlich im Prozeßrecht. In Italien wurde die Lösung lange Zeit im Schnittpunkt der beiden Gebiete – bei der Ermittlung des ausländischen Rechts – gesucht; wo die Rechtsprechung jetzt eine Lücke entdecken wird, ist eine spannende Frage. Die Techniken, die den Richter zur *lex fori* führen, werden in diesem Kapitel auf ihre innere Logik und ihre Entfaltungsmöglichkeiten im deutschen Recht geprüft.

Im dritten Kapitel werden die „äußeren“ Grenzen der Privatautonomie untersucht, also ihr Verhältnis zum Ziel des äußeren Entscheidungseinklangs und zu den internationalen Übereinkommen, die Kollisionsnormen vereinheitlichen. Im IPR sollte die Normsetzung einer gewissen Selbstbindung unterliegen, um einen äußeren Entscheidungseinklang zu ermöglichen. Soweit internationale Übereinkommen bestehen, haben sich die Staaten sogar (völker)rechtlich verpflichtet. Diese Verpflichtungen lassen die Grenzen der kollisionsrechtlichen aber auch der prozessualen Privatautonomie nicht unberührt.

Auch innerhalb ihrer Grenzen, also auch dann, wenn die Privatautonomie den Rückzug auf die *lex fori* erlaubt, muß sie von den Parteien wahrgenommen werden, um effektiv zu sein. Im vierten Kapitel wird untersucht, welche Anforderungen an die Ausübung der Privatautonomie zu stellen sind, um die Realität des oft nur unterstellten Parteiwillens zu sichern. Nur wenn sich Grenzen und Ausübung der Privatautonomie an die internationalen Übereinkommen halten, läßt sich das Ziel des äußeren Entscheidungseinklangs erreichen.

Erstes Kapitel:

Drei Formen der Privatautonomie

Die Privatautonomie ist juristischer Kernbestandteil aller freiheitlichen Rechtsordnungen. Sie ist in Frankreich, Italien und Deutschland als grundlegendes Organisationsprinzip anerkannt¹ und findet sich in den drei Rechtsordnungen in vielfältiger Gestalt wieder: im materiellen Privatrecht, im Kollisionsrecht und im Zivilprozeßrecht.

I. Die materiellrechtliche Privatautonomie

Das materielle Privatrecht liberaler Gesellschaften beruht auf der „Vorstellung, daß der vernunftmäßig handelnde Mensch sein Schicksal autonom ... gestalten kann“, und diese Privatautonomie äußert sich in der Vertragsfreiheit². Das Prinzip der Vertragsfreiheit geht über die Erlaubnis hinaus, sein Schicksal in tatsächlicher Hinsicht in die Hand zu nehmen, und gestattet auch – und gerade – seine Gestaltung unter rechtlichen Gesichtspunkten. Das *französische* Recht bringt dies besonders plastisch zum Ausdruck mit der berühmten Formel des Art. 1134 Abs. I Code civil: „Les conventions légalement formées tiennent lieu de loi à ceux qui les ont faites.“³ Die auf der *autonomie de la volonté* beruhende *liberté contractuelle* bezieht sich auf die Abschlußfreiheit wie auf die Inhaltsfreiheit von Verträgen⁴. Weniger illustrativ, aber inhaltlich entsprechend, begründen im *deutschen* Recht die §§ 305, 241 BGB die Vertragsfreiheit. Im *italienischen* Recht stützt man sich für die Abschlußfreiheit (*libertà di contrarre*) direkt auf Art. 41 Abs. I *costituzione*, während sich die Inhaltsfreiheit

¹ In **Deutschland** beruft man sich hierfür auf Art. 2 Abs. I GG. In **Frankreich** ergibt sich aus Art. 5 der Erklärung der Menschenrechte von 1789, daß „alles erlaubt ist, was nicht verboten ist“; vgl. hierzu *J. Carbonnier*, S. 51. In **Italien** garantiert Art. 41 Abs. I *costituzione* die Freiheit der wirtschaftlichen Privatinitiative („L’iniziativa economica privata è libera.“).

² *K. Zweigert/H. Kötz*, S. 315.

³ Zu deutsch etwa: „Wirksam zustandegewordene Verträge haben für die Vertragsparteien Gesetzeskraft.“

⁴ *J. Carbonnier*, S. 51.

(*libertà contrattuale*) aus Art. 1322 Codice civile ergibt⁵. Daß das Prinzip der Vertragsfreiheit auch Auswirkungen außerhalb des Schuldvertragsrechts hat, läßt sich am Beispiel des deutschen Rechts zeigen: Der Erlaßvertrag des § 397 Abs. I BGB kann zum Erlöschen jedweder Art von Schuldverhältnissen geschlossen werden, und nicht nur zur Beendigung von Verträgen. Die Parteien können daher grundsätzlich ihre „rechtliche Umwelt“ in großem Umfang ändern und gestalten. Allerdings ist die Privatautonomie außerhalb des Schuldvertragsrechts stark eingeschränkt – sogar im Vermögensrecht. Im Sachenrecht gibt es zum Zwecke des Verkehrsschutzes den Typenzwang. Im Ehegüterrecht gibt es entweder Zugewinnsgemeinschaft, Gütertrennung oder Gütergemeinschaft – dagegen werden „Fantasiegüterstände“ überwiegend abgelehnt⁶. Je weiter man sich vom Kern der Privatautonomie, dem Schuldvertragsrecht, entfernt, desto grobkörniger werden die Gestaltungsmöglichkeiten. Statt Normen zu setzen, wählt man Normenkomplexe.

Auch innerhalb des Schuldvertragsrechts ist die Vertragsfreiheit nicht grenzenlos. Ebenso einmütig wie man die Vertragsautonomie anerkennt, fragt man sich, ob sie auch heute noch das Leitmotiv der Rechtsordnung sein kann, oder ob nicht überall dort zwingende Regeln gelten müssen, wo ein Gleichgewicht zwischen den Vertragsparteien fehlt, wo also die Vertragsparität gestört ist. Alle Rechtsordnungen haben als Reaktion auf diese Erkenntnis die Vertragsfreiheit stark eingeschränkt⁷.

Inwieweit die materielle Privatautonomie eingeschränkt werden muß, hat der Gesetzgeber zu entscheiden. Wenn auch diesbezüglich die Unterschiede in den Rechtsordnungen innerhalb der EU abnehmen, sind sie doch keinesfalls schon verschwunden. Und im Verhältnis zu Drittstaaten sind sie erst recht spürbar. Es ist daher Sache des Kollisionsrechts, festzustellen, welchen Gesetzgebers Wertung in einer bestimmten Sachverhaltskonstellation einschlägig ist. Der IPR-Gesetzgeber seinerseits gibt allerdings die Entscheidung oft an die Parteien weiter.

⁵ P. Kindler, S. 184 f. Art. 1322 Abs. I Codice civile lautet: „Le parti possono liberamente determinare il contenuto del contratto nei limiti imposti dalla legge.“ und Abs. II ergänzt die Typenfreiheit: „Le parti possono anche concludere contratti che non appartengono ai tipi aventi una disciplina particolare....“; vgl. dazu F. Galgano, S. 213–217.

⁶ C. Berger in Jauernig, §§ 1408, 1409, Rn. 9.

⁷ Für das **deutsche** Recht: D. Medicus, Rn. 472 ff., S. 183 ff.; für das **französische** Recht: J. Carbonnier, S. 51; P. Malaurie/L. Aynès, Rn. 440, S. 255; für das **italienische** Recht: F. Galgano, S. 213; **rechtsvergleichend**: K. Zweigert/H. Kötz, S. 323 ff.

II. Die kollisionsrechtliche Parteiautonomie

Im Internationalen Privatrecht begegnet man der Privatautonomie als *Parteiautonomie*, d.h. der Möglichkeit der Parteien, das auf das zwischen ihnen bestehende Rechtsverhältnis anwendbare Recht zu wählen. Wie im materiellen Recht sind auch hier zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Einerseits ist der Grundsatz der Parteiautonomie heute fast einhellig und universell anerkannt für das Schuldvertragsrecht⁸. Vom Vertragsrecht ausgehend, wird die Rechtswahl mehr und mehr auch für außervertragliche Schuldverhältnisse anerkannt, und vereinzelt auch in Gebieten außerhalb des Schuldrechts. Die Entwicklung „vom Status zum Vertrag“, die *Sir Henry Maine* im 19. Jahrhundert als grundsätzliche Tendenz im materiellen Recht beschrieb⁹, läßt sich heute auf das Internationale Privatrecht übertragen¹⁰. Andererseits besteht auch die gegenläufige Tendenz einer Zurückdrängung der Parteiautonomie innerhalb des internationalen Schuldvertragsrechts. Denn wie im materiellen Recht gibt es auch im Internationalen Privatrecht die Besorgnis, daß die „stärkere“ die „schwächere“ Partei übervorteilt¹¹.

Einige Bereiche sind in *deutschen* Gesetzen ausdrücklich der Rechtswahl zugänglich gemacht, andere ihr entzogen. Für die vom Gesetzgeber geregelten Materien sind die gesetzlichen Normen abschließend, können also nicht durch die Rechtsprechung um nicht vorgesehene Rechtswahlmöglichkeiten ergänzt werden¹². In den nicht vom Gesetzgeber erfaßten Bereichen ist es der Rechtsprechung dagegen nicht verwehrt, selbst eine Kollisionsregel aufzustellen, die dann grundsätzlich auch eine Rechtswahl erlauben darf¹³. Für das *italienische* Kollisionsrecht gilt im Prinzip das Gleiche. Es war seit der Reform von 1995 das am vollständigsten kodifizierte der drei untersuchten Rechtsordnungen¹⁴. Der Grundsatz der *libertà* findet in der Kodifikation von 1995 als Parteiautonomie einen größeren Anwendungsbereich als in den *preleggi* von 1942. Damit sollte eine größere Flexibilität erreicht werden¹⁵.

⁸ *M. Giuliano* in *Giuliano/Lagarde*, S. 15.

⁹ *H. Maine*, „Ancient Law“: „the movement of the progressive societies has hitherto been a movement from Status to Contract.“; zitiert nach *K. Zweigert/H. Kötz*, S. 314.

¹⁰ Kritisch dazu *D. Bureau*, S. 286 f.; *V. Heuzé*, *Droits* 1998, S. 122 f.

¹¹ *J. Kropholler*, § 5 II, S. 33.

¹² *H. J. Sonnenberger* in *MüKo*, Einl. IPR, Rn. 202.

¹³ *H. J. Sonnenberger* in *MüKo*, Einl. IPR, Rn. 203 f.

¹⁴ Seit 1999 enthält das EGBGB heute etwa ebenso viele Kollisionsnormen wie das italienische IPRG.

¹⁵ *A. Giardina*, *RCDIP* 1996, S. 10 f. und 12; so auch schon der Vater der italienischen IPR-Reform, *E. Vitta*, *Foro it.* 1986 V, S. 14 f.

Das *französische* Kollisionsrecht ist dagegen fast ausschließlich Richterrecht¹⁶. Mehr und mehr wird die Materie auch von internationalen Übereinkommen geprägt¹⁷. Die Gestaltung einer Kollisionsnorm mit Rechtswahlmöglichkeit ist der Rechtsprechung damit grundsätzlich solange möglich, wie dem nicht eine staatsvertragliche Kollisionsnorm entgegensteht, die eine solche Möglichkeit ausschließt.

A. Schuldvertragsrecht

Die Parteiautonomie im internationalen Schuldvertragsrecht wird teilweise als Verlegenheitslösung bezeichnet¹⁸, enthält aber zumindest auch eine gewisse Freiheitsidee¹⁹. Von anderen wird sie direkt als Freiheitsrecht verstanden und in der Europäischen Union auch als durch die EG-Grundfreiheiten notwendig gefordert dargestellt²⁰.

Das *deutsche* IPR kennt die Parteiautonomie im Schuldvertragsrecht seit der Jahrhundertwende²¹. Mit der Reform von 1986 wurde die primär auf den tatsächlichen Parteiwillen abstellende Regelung des EVÜ für das deutsche Recht kodifiziert²². Seitdem gilt im gesamten deutschen Schuldvertrags-IPR die Regelung des EVÜ²³. Seit dem 1. April 1991 ist auch das EVÜ selbst in Kraft getreten und Deutschland daher völkerrechtlich zu dessen Anwendung verpflichtet. Zwar hat der deutsche Gesetzgeber das EVÜ – völkerrechtlich fragwürdig – für nicht direkt anwendbar erklärt²⁴. Doch hat er in Art. 36 EGBGB die Auslegung des EGBGB an die des EVÜ gebunden. Die Situation ist daher so, als gälte das EVÜ direkt. Andere Staatsverträge zur Vereinheitlichung des Kollisionsrechts (im folgenden:

¹⁶ H. Batiffol/P. Lagarde, Nr. 20, S. 32; Y. Loussouarn/P. Bourel, Rn. 29, S. 18; H. Batiffol in B. Ancel/Y. Lequette, préface, S. V.

¹⁷ P. Mayer⁶, Rn. 31, S. 19; Y. Loussouarn/P. Bourel, Rn. 36, S. 21 ff.

¹⁸ G. Kegel/K. Schurig⁸, § 18 I 1c, S. 569 f.; D. Reichert-Facilides, S. 18.

¹⁹ J. Kropholler, § 40 III 2, S. 271: „in dubio libertas“; vgl. auch R. Schaack, S. 31.

²⁰ P. v. Wilmowsky, RabelsZ 1998, S. 3 ff., mit einem Hinweis auf Grund- und Menschenrechte (S. 5 f.) und m.w.N. in Fn. 12.

²¹ O. Lando, RabelsZ 1993, S. 160; D. Martiny in MüKo, vor Art. 27 EGBGB, Rn. 1.

²² D. Martiny in MüKo, vor Art. 27 EGBGB, Rn. 1, Ia.

²³ Einschränkungen macht nur Art. 37 EGBGB. In den dort aufgezählten Materien gelten Spezialregeln. Näher dazu D. Martiny in MüKo, Art. 37 EGBGB, Rn. 13 ff.

²⁴ BGBl. 1986 II, S. 809; Art. 1 Abs. II des Zustimmungsgesetzes vom 25.7.1986 lautet: „Die Zustimmung erfolgt mit der Maßgabe, daß die in den Artikeln 1 bis 21 des Übereinkommens enthaltenen Vorschriften innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung finden.“

„IPR-Übereinkommen“) hat die Bundesrepublik auf dem Gebiet des Vertragsrechts nicht geschlossen²⁵.

In *Frankreich* hat die Cour de cassation im Jahre 1910 mit dem „American Trading“-Urteil zum ersten Mal die Rechtswahl im Vertragsrecht erlaubt²⁶, dann 1950 im „Messageries maritimes“-Urteil präzisiert, daß ein staatliches Recht gewählt werden müsse²⁷, und 1959 („Fourrures Renel“-Urteil) die doppelte Anknüpfungsnorm entwickelt, nach der entweder das ausdrücklich gewählte Recht, oder – mangels einer solchen ausdrücklichen Rechtswahl – das objektiv anwendbare Recht anzuwenden sei²⁸. Dieses autonome Recht („*droit commun*“) ist nunmehr durch mehrere Staatsverträge überlagert. Für den wohl wichtigsten Schuldvertrag, den Kauf beweglicher Sachen, verlor die Rechtsprechung am 1. September 1964, dem Tag des Inkrafttretens des Haager Kaufrechts-Übereinkommens von 1955 (HKaufÜ), ihre Bedeutung²⁹. Nach diesem Übereinkommen, das gemäß seinem Art. 7 als *loi uniforme* gilt – unterliegen internationale Kaufverträge über bewegliche Sachen in erster Linie dem von den Parteien gewählten Recht (Art. 2 Abs. I)³⁰. Das HKaufÜ von 1955, das inhaltlich noch ein Vorkriegsprodukt ist³¹, sollte durch eine neue Version von 1985 ersetzt werden. Diese ist bisher jedoch nicht in Kraft getreten und hat – angesichts des Erfolges von EVÜ und CISG – wenig Aussichten, sich noch durchzusetzen³². Seit dem 1. April 1991 ist auch für Frankreich das EVÜ in Kraft, das die alte Rechtsprechung aus fast dem ganzen Schuldvertragsrecht vollständig verdrängt. Es wurde aber nicht über den Anwendungsbereich des Art. 1 Abs. II EVÜ hinaus erweitert, so daß noch Raum für autonomes internationales Vertragsrecht bleibt. Für das Kaufrecht gilt gemäß Art. 21 EVÜ weiterhin das HKaufÜ von 1955. Das führt zu Schwierigkeiten in den Fällen, in denen auch Frankreich (und andere Vertragsstaaten des EVÜ) lieber die Kollisionsregeln des EVÜ anwenden würden, was

²⁵ Auf solche Übereinkommen, die das materielle Recht vereinheitlichen – wie das CISG oder die UNIDROIT-Übereinkommen über Franchising und Leasing – ist hier nicht einzugehen.

²⁶ *Cour de cassation* (5.12.1910), GA Nr. 11, S. 84.

²⁷ *Cour de cassation* (21.6.1950), GA Nr. 22, S. 171 und 173.

²⁸ *Cour de cassation* (6.7.1959), GA Nr. 35, S. 261 f. Dieses autonome französische internationale Vertragsrecht erfordert nicht nur eine ausdrückliche Rechtswahl, sondern es erlaubt auch keine *dépeçage* (Wahl unterschiedlicher Rechte für Teile des Vertrages), und es bestimmt die objektive Anknüpfung nach anderen Kriterien, als die Staatsverträge dies tun. Näher hierzu *B. Ancel/Y. Lequette*, S. 265 f.

²⁹ Die „Convention sur la loi applicable aux ventes à caractère international d'objets mobiliers corporels“ trat am 1.9.1964 für Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien und Norwegen in Kraft. Vgl. dazu *A. L. Droz*, RCDIP 1964, S. 663.

³⁰ Näher *A. L. Droz*, RCDIP 1964, S. 665 f.

³¹ Zur Entstehungsgeschichte *O. Lando*, *RabelsZ* 1993, S. 156.

³² *O. Lando*, *RabelsZ* 1993, S. 158.

insbesondere bei den Verbraucherschutzregeln des Art. 5 EVÜ der Fall ist³³. Auch für das Innenverhältnis in Vertreterverträgen gilt im französischen IPR nicht das EVÜ³⁴, sondern – seit dem 1. Mai 1992 – das Haager Übereinkommen von 1978 über das auf Vertreterverträge und die Stellvertretung anwendbare Recht (HVertreterÜ). Gemäß dessen Art. 5 Abs. I können der Vertreter und der Vertretene das auf ihren Vertrag anwendbare Recht wählen.

In *Italien* wurde die Rechtswahl als Anknüpfung für Schuldverträge mit den *preleggi* zum Codice civile von 1865 eingeführt³⁵. Sie ist Ausdruck der *libertà* – neben *nationalità* und *sovranità* eine der drei Säulen in *Mancinis* System. Als tragendes Prinzip fand sich die Parteiautonomie für das internationale Vertragsrecht auch in Art. 25 Abs. I S. 2 der *preleggi* zum Codice civile von 1942 wieder. Wie in Frankreich gilt in Italien seit dem 1. September 1964 das HKaufÜ von 1955. Am 1. April 1991 ist auch für Italien das EVÜ in Kraft getreten und hat so die Rechtswahlmöglichkeit in fast dem gesamten Schuldvertragsrecht zu einer völkerrechtlichen Pflicht gemacht³⁶. Das neue IPR-Gesetz von 1995 hat in seinem Art. 57 („*obbligazioni contrattuali*“) vorbildlich eine Verweisung auf das EVÜ ausgesprochen, das für vertragliche Schuldverhältnisse „*in ogni caso*“ anwendbar sein soll. Dadurch wird der sachliche Geltungsbereich des EVÜ auf die Bereiche ausgedehnt, für die eine Spezialregelung fehlt³⁷. Für die internationalen Kaufverträge über bewegliche Sachen bleibt es wie in Frankreich beim Haager Übereinkommen von 1955.

B. Außervertragliches Schuldrecht

Das außervertragliche Schuldrecht war – von Art. 38 EGBGB abgesehen – bis vor kurzem im *deutschen* Recht noch nicht gesetzlich und auch nicht staatsvertraglich geregelt, der Rechtsprechung war also freie Hand gegeben. Diese hatte für alle außervertraglichen Schuldverhältnisse eine nach-

³³ Vgl. die Erklärung der *Conférence de la Haye*, 14^e session, I, S. 62: „Les Etats présents constatant que les intérêts des consommateurs n’ont pas été pris en considération lorsque la *Convention du 15 juin 1955* ... a été négociée, ... déclarent que la *Convention du 15 juin 1955* ... ne met pas obstacle à l’application par les Etats parties de règles particulières sur la loi applicable aux ventes aux consommateurs.“

³⁴ Für das Außenverhältnis gilt das EVÜ gemäß Art. 1 Abs. II lit. f ohnehin nicht. Dazu *M. Giuliano* in *Giuliano/Lagarde*, S. 13.

³⁵ *P. Kindler*, S. 244.

³⁶ Mit Ausnahme der Einschränkungen des Anwendungsbereiches durch Art. 1 Abs. I und II EVÜ.

³⁷ *T. Treves* in *Pocar/Treves/Carbone*, S. 274 ff.

trägliche Rechtswahl zugelassen³⁸. Von der Literatur anerkannt³⁹, ist diese Lösung jetzt vom Gesetzgeber in Art. 42 EGBGB übernommen worden⁴⁰. Staatsverträge über das außervertragliche IPR hat die Bundesrepublik bis heute nicht unterzeichnet.

Im *französischen* internationalen Deliktsrecht gilt gemäß der „Lautour“-Rechtsprechung der Cour de cassation durchweg die *lex loci delicti*⁴¹. Die Literatur erklärt sich einverstanden und erwähnt nur zaghaft, daß für einige Situationen auch andere Anknüpfungen denkbar sind⁴². Die Möglichkeit einer Rechtswahl wird allerdings nicht erwogen. Das wichtigste internationale Übereinkommen im internationalen Deliktsrecht ist das Haager Übereinkommen von 1971 über das auf Verkehrsunfälle anzuwendende Recht (HUnfallÜ), das in Frankreich seit dem 3. Juni 1975 gilt. Auch dieses sieht keine Rechtswahl vor. Ebensowenig wie das Haager Übereinkommen über die Produkthaftung von 1973 (HPÜ), das in Frankreich seit dem 1. Oktober 1977 gilt, in der Praxis aber bis vor kurzem äußerst unbedeutend geblieben ist⁴³. Die „Lautour“-Rechtsprechung gilt aufgrund ihrer allgemeinen Formulierung auch für die restlichen außervertraglichen Schuldverhältnisse, die sogenannten *quasi-contrats* des französischen Rechts⁴⁴. Nur für die Leistungskondition als Folge der Nichtigkeit eines Vertrages gilt gemäß Art. 10 Abs. I lit. e EVÜ auch in Frankreich das Vertragsstatut und damit gegebenenfalls ein gewähltes Recht⁴⁵.

Im *italienischen* IPRG von 1995 haben die außervertraglichen Schuldverhältnisse im elften Kapitel (Artikel 58 bis 63) eine recht ausführliche Regelung erfahren. Entgegen der allgemeinen Tendenz des Reformgesetz-

³⁸ Vgl. K. Kreuzer in MüKo, vor Art. 38 EGBGB, Vorbem., Rn. 3. Meist war die Zulassung der Rechtswahl dadurch motiviert, daß die Rechtswahl nach Auslegung des Gerichts zur *lex fori* führte; dazu unten 2. Kap.II.A.2.

³⁹ Für das **Deliktsrecht** K. Kreuzer in MüKo, Art. 38 EGBGB, Rn. 57, m.w.N. in Fn. 180; H. Schack, Anm. BGH (24.9.1986), ZZP 100 (1987), S. 450; A. Lüderitz, Rn. 310, S. 142; K. Kreuzer, Anm. „Apfelschorf“, IPRax 1982, S. 4; für die **GoA G. Kegel**⁷, § 18 II, S. 525; bestätigend G. Kegel/K. Schurig⁸, S. 615; für die **ungerechtfertigte Bereicherung G. Kegel**⁷, § 18 III, S. 528, bestätigend G. Kegel/K. Schurig⁸, S. 619. Eine anfängliche Rechtswahlmöglichkeit im Bereicherungsrecht hält für sinnvoll D. Busse, RIW 1999, S. 19.

⁴⁰ Das „Gesetz zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und Sachenrecht“ vom 21.5.1999 ist am 1.6.1999 in Kraft getreten, BGBl. 1999 I, S. 1026 f.

⁴¹ *Cour de cassation* (25.5.1948), GA Nr. 19, S. 145: „La loi compétente pour régir la responsabilité civile extra-contractuelle est la loi du lieu où le délit a été commis.“

⁴² P. Mayer⁶, Rn. 678, S. 440 und Rn. 680, S. 441.

⁴³ W. Lorenz, *RebelsZ* 1993, S. 199; jetzt aber *CA Colmar* (8.7.1997), RCDIP 1999, S. 267.

⁴⁴ P. Mayer⁶, Rn. 688, S. 446.

⁴⁵ Vgl. P. Mayer⁶, Rn. 689, S. 446.

zes hin zu Flexibilität und Rechtswahl⁴⁶ ist durch die Normierung des internationalen außervertraglichen Schuldrechts allerdings eher eine Fixierung eingetreten. Wenn früher die knapp formulierte Regel des Art 25 Abs. II preleggi⁴⁷ zwar Kritik hervorrief⁴⁸, aber auch viel Raum für Auslegung und Ergänzung durch die Rechtsprechung gelassen hatte, so wurden deren Ergebnisse durch die gesetzliche Regelung jetzt nur teilweise bestätigt, im übrigen aber eine weitere Fortbildung des Richterrechts vereitelt. In dem Kapitel über die nichtvertraglichen Schuldverhältnisse wird in Art. 60 IPRG auch die gewillkürte Stellvertretung – ohne Rechtswahlmöglichkeit – geregelt. Allerdings betrifft dies nur die Vollmachterteilung, die auch im italienischen Recht als gegenüber dem zugrundeliegenden Vertrag autonomes einseitiges Rechtsgeschäft verstanden wird⁴⁹. Dagegen bleibt es für den Vertrag im Innenverhältnis bei der Anwendung des EVÜ⁵⁰. Für einseitige Schuldversprechen sieht Art. 58 IPRG nur eine objektive Anknüpfung vor. Im Wertpapierrecht verweist Art. 59 IPRG auf das Genfer Wechsel- und Scheckrecht, das ebenfalls keine Rechtswahlmöglichkeit kennt. Und sogar im internationalen Deliktsrecht sind die Vorschriften der Artikel 61 und 62 keiner Rechtswahl zugänglich. Allein das Opfer einer unerlaubten Handlung darf gemäß Art. 61 Abs. I S. 2 und Art. 62 Abs. I IPRG zwischen mehreren in Betracht kommenden Tatorten wählen. Da einer vertraglichen Einigung zwischen Opfer und Täter, die das Opfer zu der Ausübung oder Unterlassung einer solchen Wahl verpflichtet, nichts entgegensteht, gibt es im Deliktsrecht also eine – sehr engen Grenzen unterliegende – Rechtswahlmöglichkeit⁵¹. Sie ist allerdings auf die Tatorte beschränkt: im Allgemeinen auf die Wahl zwischen Handlungs- und Erfolgsort, im Produkthaftungsrecht auf die Wahl zwischen Wohnsitzrecht des Produzenten und dem Recht des Staates, in dem das Produkt erworben wurde. Die Geschäftsführung ohne Auftrag und die ungerechtfertigte Bereicherung werden gemäß Art. 61 IPRG nicht akzessorisch sondern selbständig angeknüpft, was für die Leistungskondition einen Rückgriff auf das Vertragsstatut verhindert. Italien hat bei der Unterzeichnung des EVÜ einen Vorbehalt zu Art. 10 Abs. I lit. e erklärt, so daß auch im Anwendungsbereich des Übereinkommens keine Rechtswahl möglich ist.

Auf *europäischer* Ebene wird in Anlehnung an das EVÜ ein neues EU-Übereinkommen ausgearbeitet, das sich mit dem auf außervertragliche

⁴⁶ A. Giardina, RCDIP 1996, S. 12.

⁴⁷ Art. 25 Abs. II preleggi lautete: „Le obbligazioni non contrattuali sono regolate dalla legge del luogo ove è avvenuto il fatto dal quale esse derivano.“

⁴⁸ Nachweise bei F. Pocar, RCDIP 1996, S. 51.

⁴⁹ F. Pocar, IPRax 1997, S. 158.

⁵⁰ F. Trombetta-Panigadi in Pocar/Treves/Carbone, S. 299 f.

⁵¹ F. Pocar, RCDIP 1996, S. 61 f.; F. Pocar, IPRax 1997, S. 159.

Entscheidungsverzeichnis

I. Deutschland

Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

- 18.4.1984 BVerfGE 67, 39–43
5.11.1986 BVerfGE 74, 1–6

Reichsgericht (RG)

- 10.5.1884 RGZ 12, 34–38
30.1.1889 RGZ 23, 31–34
1911 JW 1911, 955–956
11.4.1940 RGZ 163, 367–377

Bundesgerichtshof (BGH)

- 29.9.1958 NJW 1958, 1968
10.6.1960 VersR 1960, 907–908
21.2.1962 NJW 1962, 961–963
7.3.1962 NJW 1962, 1005–1006
23.6.1964 NJW 1964, 2012
26.11.1964 BGHZ 42, 385–390
2.2.1966 NJW 1966, 879–881
15.11.1967 BGHZ 49, 50–55
13.12.1968 MDR 1969, 468–469
24.6.1969 NJW 1969, 1762–1763
1.7.1970 NJW 1970, 1733–1736
22.9.1971 NJW 1972, 391–394
6.11.1973 NJW 1974, 410–412
19.12.1975 NJW 1976, 474–475
30.3.1976 NJW 1976, 1581–1583
26.10.1977 BGHZ 69, 387–395
8.12.1977 NJW 1978, 1255

- 20.3.1980 BGHZ 77, 32–45
- 17.3.1981 IPRax 1982, 13–14 (*Kreuzer*, 1–5)
- 23.12.1981 NJW 1982, 1215–1216
- 7.6.1984 BGHZ 91, 324 = *Schack/Ackmann* Fall Nr. 1
- 16.9.1985 NJW-RR 1986, 456
- 15.1.1986 IPRax 1986, 292–293 (*Schack*, 272–274)
- 24.9.1986 ZZP 100 (1987), 435–442 (*Schack*, 442–451)
- 22.12.1987 IPRax 1988, 306–307 (*von Hoffmann*, 306–107)
- 18.1.1988 NJW 1988, 1592–1593
- 28.2.1989 WM 1989, 1047–1051
- 11.6.1990 NJW 1990, 3151–3152
- 20.11.1990 JZ 1991, 719–723
- 12.12.1990 NJW 1991, 1292–1294
- 3.12.1992 ZZP 107 (1994), 67–75 (*Schack*, 75–80)
= IPRax 1994, 204–209 (*Basedow* 183–186, *Geimer* 187)
- 7.4.1993 NJW 1993, 2305–2307
- 6.3.1995 NJW 1995, 2097–2099
- 21.9.1995 NJW 1996, 54–55 (*Mäsch*, 1453–1455) = RIW 1995, 1027 f.
- 25.9.1996 NJW 1997, 461–464
- 13.5.1997 RIW 1997, 687–688
- 25.9.1997 IPRax 1999, 45–47
- 2.4.1998 NJW 1999, 3498 f.
- 21.1.1999 NJW 1999, 1264

Oberlandesgerichte (OLG)

- 3.3.1970 OLG Frankfurt, NJW 1970, 1884–1885
- 14.12.1988 OLG Frankfurt, NJW 1989, 722
- 24.8.1989 OLG Karlsruhe, FamRZ 1990, 313–315
- 17.9.1993 OLG Koblenz, RIW 1993, 934–938
- 11.6.1997 OLG Celle, MDR 1998, 306

Landgerichte (LG)

- 3.4.1991 LG Heidelberg, IPRax 1992, 170–171

Bundesarbeitsgericht (BAG)

29.6.1978 JZ 1979, 647–649

*II. Frankreich***Cour de cassation**

- 5.12.1910 American Trading
Clunet 1912, 1156 = GA Nr. 11, S. 83–85
- 25.5.1948 Lautour
RCDIP 1949, 89 = GA Nr. 19, S. 145–147
- 21.6.1950 Messageries Maritimes
RCDIP 1950, 609 = GA Nr. 22, S. 171–173
- 15.1.1959 Bull. civ. 1959 IV Nr. 73
- 23.1.1959 Bull. civ. 1959 II Nr. 80
- 12.5.1959 Bisbal
RCDIP 1960, 62–63 (*Batiffol*, 63–66)
- 6.7.1959 Fourrures Renel
RCDIP 1959, 708 = GA Nr. 35, S. 261–262
- 2.3.1960 Chemouny
RCDIP 1960, 97 (*Batiffol*, 98)
- 11.6.1961 Bertoncini
RCDIP 1962, 124 = GA Nr. 34, S. 251
- 18.2.1971 Methfessel
RCDIP 1973, 671–673 (*Gothot/Holleaux*, 673–683)
- 22.4.1981 Bull. civ. 1981 I Nr. 122
- 16.6.1982 JCP 1982.IV.307
- 24.1.1984 Leeds
JCP 1984.II.20295 (*Courbe*)
- 24.1.1984 Thinet
RCDIP 1985, 89–92 (*Lagarde*, 92–98)
- 19.4.1988 Roho
RCDIP 1989, 68–69 (*Batiffol*, 69–71)
= D. 1988 Somm. 345 (*Audit*, 345)
- 11.10.1988 Rebouh
RCDIP 1989, 368–371 (*Lequette*, 277–339)
= Clunet 1989, 349–352 (*Alexandre*, 352–366)

- 18.10.1988 Schule
RCDIP 1989, 368–371 (*Lequette*, 277–339)
= Clunet 1989, 349–352 (*Alexandre*, 352–366)
- 4.10.1989 De Baat
RCDIP 1990, 316–317 (*Lagarde*, 317–325)
- 4.12.1990 Coveco
RCDIP 1991, 558–560 (*Niboyet-Hoegy*, 560–569)
= Clunet 1991, 371–373 (*Bureau*, 373–388)
- 16.4.1991 Ravon
D. 1993 Jur. 186 f.
= JCP 1991.IV.237 (*Normand*, RTD Civ. 1992, 175–179)
- 10.12.1991 Masson
RCDIP 1992, 314–317 (*Muir-Watt*, 317–327)
- 10.12.1991 Sarkis
RCDIP 1992, 314–317 (*Muir-Watt*, 317–327)
- 23.6.1992 Bull. civ. 1992 IV Nr. 244 (*Normand*, RTD Civ. 1993, 413–418)
- 18.11.1992 Makhlouf
RCDIP 1993, 276–277 (*Ancel*, 277–280)
- 25.5.1993 Lusal
RCDIP 1993, 461–462 (*Rémery*, 462–472)
- 16.6.1993 D. 1994 Jur. 210 und 546
- 16.11.1993 Amerford
RCDIP 1994, 332–333 (*Lagarde*, 334–341)
= Clunet 1994, 98–100
- 8.6.1995 Mme X...c/ Y...
D. 1996 Jur. 247
- 14.11.1995 Procédures 1996, Nr. 143 (*Croze*)
- 11.6.1996 Agora Sopha
RCDIP 1997, 65–66 (*Lagarde*, 66–72)
= Clunet 1996, 941–943 (*Bureau*, 946)
- 6.5.1997 Hannover
RCDIP 1997, 514–515 (*Fauvarque-Cosson*, 515–526)
= Clunet 1997, 804–805 (*Bureau*, 805–813)
= *Schack*, Rspr. IPR, Fall Nr. 10
- 21.6.1997 Meglio
RCDIP 1998, 87–88 (*Heuzé*, 88–98)
- 1.7.1997 M. A. c. Mme. B.
RCDIP 1998, 60–62 (*Mayer*, 62–72)
- 1.7.1997 Karl Ibold
RCDIP 1998, 60–62 (*Mayer*, 62–72)

- 27.1.1998 Ababou
JCP 1998.II.10098 (*Muir-Watt*, 1109–1110)
- 13.10.1998 RCDIP 1999, S. 281–282 (*Ancel*, 282–284)
- 24.11.1998 Lavazza
RCDIP 1999, 88–89 (*Ancel*, 90–91)
- 8.12.1998 Calberson
RCDIP 1999, 88–89 (*Ancel*, 90–91)
- 5.1.1999 Zurich Assurances
RCDIP 1999, 297–298 (*Lagarde*, 298–299)
- 2.3.1999 RCDIP 1999, 305–308 (*Rémery*, 305–307)
- 13.4.1999 Compagnie Royale belge
RCDIP 1999, 698–699 (*Ancel/Muir-Watt*, 699–707)
- 26.5.1999 Société Mutuelle du Mans IARD
RCDIP 1999, 707–708 (*Muir-Watt*, 709–713) = Bull. civ. 1999 I Nr. 172
- 26.5.1999 M. A-B c. Mme E
RCDIP 1999, 708–709 (*Muir-Watt*, 709–713)

Cours d'appel (CA)

- 16.11.1935 CA Colmar, Lieblich
Clunet 1937, 781–783
- 25.4.1986 CA Paris
Gaz. Pal. 1987, Jur. 800
- 23.1.1990 CA Paris, Caron
RCDIP 1991, 92–99 (*Lequette*, 99–103)
- 8.7.1997 CA Colmar, Torfwerk
RCDIP 1999, 267–271

III. Italien**Corte di cassazione**

- 28.6.1966 n. 1680; Assael Nissim
RDIPP 1967, 126–138
- 28.1.1978 n. 410; Esass
Giur. It. 1979 I, 334–338
- 26.5.1980 n. 3445; Platzer
Foro It. 1981, 2278–2281 = RDIPP 1982, 79
- 29.3.1982 n. 1936; Warner Lambert Company
RDIPP 1983, 625–630

- 19.1.1985 n. 149; Sesselsberger
RDIPP 1986, 344–347
- 23.10.1989 n. 4290; Di Vittorio
Foro It. 1990, 3234–3239
- 10.3.1992 n. 2875; Arnoldo Mondadori Editore s.p.a.
RDIPP 1993, 752–755
- 29.1.1993 n. 1127; Comune di Dimaro
RDIPP 1994, 104–110
- 9.8.1996 n. 7377; Banca di Roma
RDIPP 1998, 180–181

Corti di Appello (CA)

- 12.7.1964 Genova; Assael Nissim
RDIPP 1967, 126–138
- 23.11.1992 Milano; TVA Holding s.p.a.
RDIPP 1993, 731–733
- 20.3.1998 Milano; Italdecor s.a.s.
RDIPP 1998, 170–175

*IV. Andere Gerichte***Österreichischer OGH**

- 15.7.1997 ZfRV 1997, 253–257

Stichwortverzeichnis

Ababou, siehe Cour de cassation
accord de fond, siehe Rechtswahl, kollisionsrechtliche
accord procédural
–, Form (im weiteren Sinne), 121
–, Rechtsgrundlage, 30
–, sur la loi applicable
––, Form (im weiteren Sinne), 111, 121 f., 130
––, Nutzen und Schaden, 110 ff., 131
––, Rechtsgrundlage, 50, 52 f., 131
––, Verbot im deutschen Recht, 56 f.
––, Vereinbarkeit mit IPR-Übereinkommen, 99 ff., 108, 109 f., 122 f.
––, zugunsten der lex fori, 48 ff., 130
––, zugunsten des ausländischen Rechts, 53 ff.
äußerer Entscheidungseinklang, siehe Entscheidungseinklang
American Trading, siehe Cour de cassation
Amtsermittlung, siehe ausländisches Recht
Anerkennins, 20, 31
Anspruchsgrund, siehe Klagegrund
ausländisches Recht
–, Amtsermittlung, 65 ff., 88, 114
–, Nichtermittelbarkeit, 63 f., 89
Auslandstatsachen, 34, 40, 91, 113
Auslegungsmethoden, siehe Völkerrecht, Auslegungsmethoden
außervertragliche Schuldverhältnisse, siehe Rechtswahl, kollisionsrechtliche
Ausweichklausel, 12
autonomes IPR,
–, allgemein, 84, 89 f., 95, 97, 105, 123
–, dänisches, 99
–, deutsches, 79, 114
–, französisches, 7, 13, 108, 109, 114, 120, 130
–, italienisches, 114
–, österreichisches, 118

autonomie de la volonté, siehe Privatautonomie
Beibringungsgrundsatz, siehe Verhandlungsmaxime
Bertoncini, siehe Cour de cassation
Berufung, 22, 45
Beweis des ausländischen Rechts, siehe ausländisches Recht
Bisbal, siehe Cour de cassation
Boll, siehe IGH
Boschiero, Nerina, 63
Bundestagsprotokoll, 12, 37, 41
Calberson, siehe Cour de cassation
cause, siehe Klagegrund
Chemouny, siehe Cour de cassation
CISG, siehe Übereinkommen
conclusions, siehe Schlußanträge
Corte di cassazione, 35, 34 f., 68
Cour de cassation
–, *Ababou*, 67
–, *American Trading*, 7
–, *Bertoncini*, 35
–, *Bisbal*, 35, 42 f., 48, 51, 72, 76
–, *Calberson*, 67
–, *Chemouny*, 42
–, *Coveco*, 43 f., 129, 130
–, *De Baat*, 43, 51
–, *Fourrures Renel*, 7
–, *Hannover / Karl Ibold*, 51 f., 55
–, *Lautour*, 9, 66
–, *Lavazza*, 67
–, *Messageries Maritimes*, 7
–, *Mutuelle du Mans*, 129 f.
–, *Rebouh / Schule*, 43, 51
–, *Roho*, 48 ff., 86
–, *Thinet*, 63, 66
Coveco, siehe Cour de cassation
De Baat, siehe Cour de cassation
Deliktsrecht, siehe Rechtswahl, kollisionsrechtliche, außervertragliche Schuldverhältnisse

- Dispositionsmaxime, 18, 19 ff., 32, 103
 Drittinteressen, *siehe* Interessen
- effet utile*, 83, 108
- Eingriffsnormen, *siehe* *lois de police*
- Einrede, 28, 46
- EMRK, *siehe* Übereinkommen
- Entscheidungseinklang
 –, äußerer, 1, 75 f., 76 ff., 88, 90, 126
 –, europäischer, insbesondere, 80, 126
 ergänzende Auslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, subjektive
- Erklärungsbewußtsein, *siehe* Willenserklärung
- Erklärungstatbestand, *siehe* Willenserklärung
- EuGH, 88, 107, 124
- EuGVÜ, *siehe* Übereinkommen
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), *siehe* Übereinkommen
- europäischer Entscheidungseinklang, *siehe* Entscheidungseinklang
- Europäisches Gerichtsstandsübereinkommen (EuGVÜ), *siehe* Übereinkommen
- Europäisches Schuldvertragsübereinkommen (EVÜ), *siehe* IPR-Übereinkommen
- Europäische Union, 1, 6, 79, 90
- Europarecht, *siehe* Europäische Union
- exposé de moyens*, *siehe* Klagegrund
- faits adventices*, *siehe* Tatsachen
- fakultatives Kollisionsrecht
 –, gerichtsfakultatives Kollisionsrecht, 40 ff., 65, 67 f., 94 ff., 113 f., 122, 130
 –, parteifakultatives Kollisionsrecht, *siehe* accord procédural
- Fauvarque-Cosson, Bénédicte*, 44 f., 53, 101, 107
- Flessner, Axel*, 74, 75
- Form (im weiteren Sinne), *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, accord procédural
- forum shopping, internes, 97
- Fourrures Renel*, *siehe* Cour de cassation
- gerichtsfakultatives Kollisionsrecht, *siehe* fakultatives Kollisionsrecht
- Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen, 78
- GoA, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, außervertragliche Schuldverhältnisse
- grammatische Auslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, objektive
- Haager Übereinkommen, *siehe* IPR-Übereinkommen
- Hannover*, *siehe* Cour de cassation
- Hinweismethode, *siehe* Inkorporation von Staatsverträgen
- historische Auslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, subjektive
- Hoge Raad, 82, 86, 110
- IGH, *Boll*, 80 f.
- Inkorporation von Staatsverträgen, 8, 79
- Inlandssachverhalte, *siehe* IPR-Übereinkommen, Anwendbarkeit auf Inlandssachverhalte *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, Einschränkung, Interessen
 –, Drittinteressen, 74 f.
 –, kollisionsrechtliche (allgemein), 15, 41, 73 f., 76, 78, 102, 103, 131
 –, öffentliche, 74 f.
 –, Ordnungsinteressen, 73 f.
 –, Parteiinteressen, 1, 75 f., 77, 80, 126
 –, prozeßrechtliche, 103, 113
 –, Verkehrsinteressen, 74 f.
- internationale Übereinkommen, *siehe* IPR-Übereinkommen
- IPR-Übereinkommen
 –, allgemein, 43, 67, 79 f., 89, 126 f.
 –, Anwendbarkeit auf Inlandssachverhalte, 91 f.
 –, Änderung und Kündigung, 112
 –, Europäisches Schuldvertragsübereinkommen (EVÜ), 6, 87 f., 92 ff., 105, 106, 107, 114 ff.
 –, Europäisches Übereinkommen über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), 10 f., 125

- , Geltung im Prozeß, 87 f.
- , Haager Ehegüterübereinkommen (HEhegüterÜ), 13, 120 f., 123
- , Haager Kaufrechtsübereinkommen (HKaufÜ), 7, 8, 51, 78, 84, 92, 105, 120 f., 123, 129
- , Haager Produkthaftungsübereinkommen (HPÜ), 9
- , Haager Unfallübereinkommen (HUnfallÜ), 9, 49, 85 ff., 97 ff., 109, 129
- , Haager Unterhaltsübereinkommen (HUnterhaltsÜ), , 85 ff., 110
- , Haager Verteterübereinkommen (HVertreterÜ), 8, 92, 105, 119 f., 123
- iura novit curia*, *siehe* Rechtsanwendung, von Amts wegen

Karl Ibold, *siehe* Cour de cassation
 Kassation, 23, 45, 48
Kegel, Gerhard, 73, 75, 102
 Klagegegenstand, 20, 22
 Klagegrund, 19, 20, 22
 Klageschrift, 20, 22
 Kodifikation, 5, 40, 42
 kollisionsrechtliche Interessen, *siehe* Interessen
 Kopiermethode, *siehe* Inkorporation von Staatsverträgen

Lautour, *siehe* Cour de cassation
Lavazza, *siehe* Cour de cassation
 lex fori
 –, Rückzug auf die lex fori, lex-fori-Trend, 1, 111 f.
 –, Universalanspruch, subsidiäre Geltung, 37 f., 43, 91 ff., 95
 lex loci actus, 115
 lex loci delicti, 9
 lex rei sitae, 11, 12, 13, 62
liberté contractuelle, *siehe* Vertragsfreiheit
libre disponibilité, *siehe* Qualifikation
lois de police, 106 f.

Mancini, Pasquale Stanislao, 8, 79
Messageries Maritimes, *siehe* Cour de cassation
moyen de pur droit, 21, 23

Mutuelle du Mans, *siehe* Cour de cassation

ne ultra petitem, *siehe* Dispositionsmaxime
 Nichtmittelbarkeit, *siehe* ausländisches Recht

objet de la demande, *siehe* Klagegegenstand

objet du litige, *siehe* Streitgegenstand
 öffentliche Interessen, *siehe* Interessen
 Ordnungsinteressen, *siehe* Interessen
 ordre public, 81, 97, 109

Parteiautonomie, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche
 parteifakultatives Kollisionsrecht, *siehe* accord procédural

Parteiinteressen, *siehe* Interessen
 präjudizielles Rechtsverhältnis, 31 f., 58 f.

Präklusion,
 –, allgemein, 26 f.

–, von Kollisionsnormen, 45, 46 ff.
 preleggi, 5, 8, 10, 45, 46, 70, 120

principe accusatoire, *siehe* Dispositionsmaxime

principe d'initiative, *siehe* Dispositionsmaxime

principe dispositif, *siehe* Dispositionsmaxime, *siehe* Verhandlungsmaxime

principio della corrispondenza tra il chiesto e il pronunciato, *siehe* Dispositionsmaxime

principio della disponibilità della tutela giurisdizionale, *siehe* Dispositionsmaxime

principio della disponibilità dell'oggetto del processo, *siehe* Dispositionsmaxime

principio della disponibilità delle prove, *siehe* Verhandlungsmaxime

principio della domanda, *siehe* Dispositionsmaxime

principio dispositivo, *siehe* Verhandlungsmaxime

Privatautonomie

–, allgemein, 3 ff., 32 f., 71 f., 80 ff.

- , im materiellen Recht, *siehe* Vertragsfreiheit
- , kollisionsrechtliche, = Parteiautonomie, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche
- , prozessuale, *siehe* Dispositionsmaxime, *siehe* Verhandlungsmaxime
- prozeßrechtliche Interessen, *siehe* Interessen

- Qualifikation
 - , allgemein, 102
 - , der *libre disponibilité*, 44 f., 100 ff., 108, 131
- quasi-contrats*, 9

- Rebouh*, *siehe* Cour de cassation
- rechtliches Gehör, 28 f., 119
- Rechtsanwendung
 - , ausländischen Rechts, *siehe* ausländisches Recht
 - , Verzicht, 29 f.
 - , von Amts wegen, 27 f., 66, 68
- Rechtssicherheit, 126
- Rechtswahl, kollisionsrechtliche
 - , accord de fond im Gegensatz zum accord procédural, 50
 - , allgemein, 5 ff., 59 ff., 84 ff., 104 f.
 - , außervertragliche Schuldverhältnisse, 8 ff., 49 f., 61 f., 85 f.
 - , Einschränkung
 - , allgemein, 108, 132
 - , Eingriffsnormen, *siehe* lois de police
 - , Inlandssachverhalte, 106
 - , Rechte Dritter, 105 f.
 - , Schutz der „schwächeren“ Partei, 8, 53, 78, 87 f., 107
 - , Erbrecht, 14, 104
 - , Familienrecht, 13, 85 f.
 - , Form (im weiteren Sinne), 114 ff., 125
 - , Geltungsannahme, 119
 - , im Prozeß, 15 f., 50, 59 ff., 104 f., 114 ff., 120 f., 125
 - , nachträgliche, 14 f., 109, 110 f., 126
 - , Sachenrecht, 11 ff., 62
 - , stillschweigende, 60, 61, 115, 120
 - , Übersicht, 17
 - , Vertragsrecht, 6 ff., 60 f.
 - , Zeitpunkt, 14 ff.
- Reform,
 - , des EGBGB (1999), 9, 12, 15, 57, 62
 - , des EGBGB (1986), 6, 41, 60, 119
 - , des italienischen IPR-Gesetzes, 5, 9 f., 63, 68, 72
- Reichert-Facilides, Daniel*, 56, 58
- renvoi, 62
- res in transitu, 11
- Revision, 23
- Roho*, *siehe* Cour de cassation
- rügelose Einlassung, 46 f.

- Sachenrecht, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche
- Schlußanträge, 123
- Schule*, *siehe* Cour de cassation
- Schutz der schwächeren Partei, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, Einschränkungen
- schwächere Partei, Schutz, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, Einschränkungen
- Staatsverträge, *siehe* Übereinkommen
- Streitgegenstand, 19 ff.
- systematische Auslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, objektive

- Tatsachen
 - , ausländisches Recht als Tatsache, 65
 - , die einen Auslandsbezug belegen, *siehe* Auslandstatsachen
 - , entscheidungserhebliche, 24 ff.
 - , *faits adventices*, 25, 35
 - , gerichtsbekannte, 24, 26
 - , Vorbringen von Tatsachen, 24, 39
- teleologische Auslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, objektive
- Thinet*, *siehe* Cour de cassation
- Treu und Glauben, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, objektive

- Übereinkommen
 - , Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), 28
 - , Europäisches Gerichtsstandsübereinkommen (EuGVÜ), 46, 74, 87

- , über die Vereinheitlichung von Kollisionsnormen, *siehe* IPR-Übereinkommen
- , UNIDROIT-Übereinkommen, 7
- , Wiener Kaufrechtskonvention (CISG), 7
- , Wiener Vertragsrechtskonvention, 81 ff., 90, 93, 95, 112, 116
- UNIDROIT-Übereinkommen, *siehe* Übereinkommen
- ungerechtfertigte Bereicherung, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche, außervertragliche Schuldverhältnisse
- UN-Kaufrecht (CISG), *siehe* Übereinkommen

- Verfügungsgrundsatz (Verfügungsmaxime), *siehe* Dispositionsmaxime
- Verhandlungsmaxime, 18, 24 ff., 28, 31, 34, 36, 39, 66
- Verkehrsinteressen, *siehe* Interessen
- Verträge, völkerrechtliche, *siehe* Übereinkommen
- Vertragsfreiheit, 3 f., 69 f.
- Vertragsrecht, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche
- Verzicht, 20

- Völkerrecht
 - , Auslegungsmethoden
 - , objektive, 82 ff., 85 f., 97
 - , subjektive, 84, 86 f., 98 f.
 - , Völkergewohnheitsrecht, 81 f.
 - , Völkerrecht und IPR, 80 f.
 - , Völkervertragsrecht, *siehe* Übereinkommen
- Vorfrage, 58, 103

- Wagner, Gerhard*, 104
- Wiener Kaufrechtskonvention (CISG), *siehe* Übereinkommen
- Wiener Vertragsrechtskonvention, *siehe* Übereinkommen
- Willenserklärung
 - , Anfechtbarkeit, 118
 - , Erklärungsstatbestand, 116, 123 f.
 - , Erklärungsbewußtsein, 117 ff.
- Wortlautauslegung, *siehe* Völkerrecht, Auslegungsmethoden, objektive

- Zeitpunkt, *siehe* Rechtswahl, kollisionsrechtliche
- zwingendes Recht
 - , einfaches zwingendes Recht, 4
 - , international zwingendes Recht, *siehe* lois de police

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobniß* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR - Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Frösche, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u. a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.
- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießner, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopolou, Elisavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Bd. 55*.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliererwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubin in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan - Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Wahler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. - *Band 2*. 1983. *Band 9*. - *Band 3*. 1990. *Band 25*. - *Band 4*. 1990. *Band 26*. - *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.

*Einen Gesamtkatalog sendet Ihnen gerne der Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>.*

